

# Oderberger Zeitung

und Wochenblatt



**Erscheint**  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag resp. am Abend vorher. Bezugspreis durch die Geschäftsstelle mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“ für den Monat 1,10 Reichsmark. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Verantwortlicher Redakteur Ernst Feistel.

**Insertionspreis**  
Grundzahl für die einfache Petitzeile oder deren Raum 20 Rpf., für die Reklame 60 Rpf., Inserate werden bis 11 Uhr vormittags vor dem Erscheinungstage erbeten, größere Inserate entsprechend früher.  
Druck u. Verlag von B. Feistel Oderberg (Mark)

Fernsprecher Nr. 57.

Postcheckkonto: Berlin 31711

**Öffentlicher Anzeiger für den Amtsgerichtsbezirk Oderberg und Umgegend.**  
Mit verbindlicher Publikationskraft für amtliche Bekanntmachungen

Nr. 159.

Donnerstag, den 5. Oktober 1933.

Jahrg. 60

## Hitler beglückwünscht Hindenburg.

Zapfenstreich vor dem Reichspräsidenten. Reichskanzler Hitler ist infolge Nebels, der den Flug behinderte, erst verspätet in Neudeck beim Reichspräsidenten eingetroffen.

Der Reichskanzler wurde in Neudeck von der Bevölkerung und von den Verbänden voll Begeisterung begrüßt. In dem großen Park vor dem Schloß marschierten die Verbände mit Fackeln an. Reichspräsident von Hindenburg nahm am Zapfenstreich in Feldmarschalluniform teil. SS-Brigadeführer Lorenz überbrachte im Namen der aufmarschierten Verbände und der Bevölkerung die herzlichsten Segenswünsche. Darauf sang die Menge das Deutschlandlied und das Hoff-Weisel-Lied. Dann marschierten die Verbände mit entzündeten Fackeln vorbei, worauf sich der Reichspräsident mit einem freundlichen Guten Abend verabschiedete. Auf der Terrasse des Schlosses wohnten neben dem Reichskanzler und seiner Begleitung zahlreiche Familienmitglieder des Reichspräsidenten dem großen Treuebekenntnis für den „Vater des Volkes“ bei.



Reichspräsident von Hindenburg feiert Erntedankfest mit den Bauern

und nimmt die Front der nationalen Verbände in dem ihm vom Staate geschenkten Gute Langenau ab.

## Reichskanzler Adolf Hitler beim Reichspräsidenten.

Aus Anlaß des Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten hat, wie amtlich mitgeteilt wird, der Herr Reichskanzler sich zu einem kurzen Besuch nach Neudeck begeben, um dem Herrn Reichspräsidenten persönlich seine und der Reichsregierung Glückwünsche zu überbringen.

In Neudeck sowie auch im Berliner Palais des Herrn Reichspräsidenten sind eine außergewöhnliche Fülle von Telegrammen und brieflichen Glückwünschen eingegangen. Neben den Glückwünschen der offiziellen Persönlichkeiten, der Reichsminister und Staatsminister der Länder, der Vertreter von Heer und Marine, von Reichsbahn und Reichsbank, der Spitzen der Provinzialbehörden, der Städte und Gemeinden sowie der Vertreter der deutschen Wirtschaft sind dem Herrn Reichspräsidenten aus allen Kreisen und von Deutschen im Auslande zahllose Befundungen der Treue und Verehrung zugegangen.

Im Hause des Herrn Reichspräsidenten in Berlin zeigten sich eine große Anzahl von Persönlichkeiten des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens der Reichshauptstadt, insbesondere die Vertreter des diplomatischen Korps, in die Besuchsstiften ein.

## Bauer oder Landwirt.

Das Reichserbhofgesetz in Kraft.

Im Reichsgesetzblatt wird das Reichserbhofgesetz veröffentlicht, das bereits mit dem 1. Oktober in Kraft getreten ist. Dem Gesetz, das sich anschließt an das preussische Erbhofrecht, ist eine Erklärung vorangestellt, in der es heißt:

Die Reichsregierung will unter Sicherung aller deutscher Erbteile das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten. Die Bauernhöfe sollen vor Verschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben. Es soll auf eine gesunde Verteilung

der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet.

Die Reichsregierung hat daher das Reichserbhofgesetz beschlossen, dessen Grundgedanken sind: land- und forstwirtschaftlicher Besitz in der Größe von mindestens einer Ackerabtragung und von höchstens 125 Hektar ist Erbhof, wenn er einer bauernfähigen Person gehört.

Der Eigentümer des Erbhofs heißt Bauer.

Der Eigentümer oder Besitzer anderen land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes heißt Landwirt. Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutsch oder flammesgleichen Blutes und ehrbar ist. Der Erbhof geht ungeeilt auf den Ackerbau über. Die Rechte der Miterben beschränken sich auf das übrige Vermögen des Bauern. Nicht als Ackerbau berufene Abkömmlinge erhalten eine den Kräften des Hofes entsprechende Berufsausbildung und Ausstattung; geraten sie unversucht in Not, so wird ihnen die Heimatzusucht gewährt. Das Ackerrecht kann durch Verfügung von Todes wegen nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden. Der Erbhof ist grundsätzlich

unveräußerlich und unbelastbar.

Das außer dem Erbhof vorhandene Vermögen des Bauern vererbt sich nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts. Der Ackerbau hat für den Übergang des Erbhofs keine Erbschaftsteuer oder Grunderwerbsteuer zu zahlen.

Zur Durchführung der besonderen Aufgaben des Erbhofgesetzes werden Ackerbengerichte, Erbhofgerichte und das Reichserbhofgericht gebildet. In den Gerichten wirken bäuerliche Besitzer mit. Eine der wichtigsten Bestimmungen des Verfahrens ist es, daß alle Streitigkeiten im Geiste des Gesetzes zu entscheiden sind, falls keine formale Vorschrift für einen bestimmten Fall vorhanden ist.

genügenden Minderheitenschutz des Völkerbundes zur Behandlung zu stellen.

In letzter Zeit, so führte Gesandter von Keller u. a. aus, hätten die Minderheiten empfindliche Schädigungen,

besonders auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete in einem Maße erlitten, wie es in den Jahrzehnten der Vorkriegszeit trotz aller nationalen Spannungen nicht bekannt war. Von besonderer Bedeutung sei die immer noch bestehende Tendenz zu einer mehr oder weniger erzwungenen Angleichung fremder Minderheiten durch das Mehrheitsvolk. Gesandter von Keller zitierte in diesem Zusammenhang die bekannnten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers, daß das deutsche Volk in Treue an seinem eigenen Volkstum hänge und sich mit den in aller Welt lebenden Deutschen unlöslich innerlich verbunden fühle. „Wir kennen nicht den Begriff des Germanisierens, wir wehren uns aber auch gegen jeden Versuch, Deutschland zu entnationalisieren.“

Gesandter von Keller ging in diesem Zusammenhang auch auf die Judenfrage ein. Es handle sich hierbei in Deutschland in erster Linie um ein bevölkerungspolitisches und soziales Problem, das auch eine besondere Lösung werde erfahren müssen.

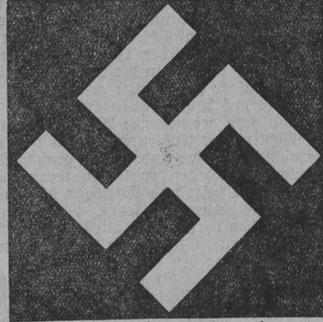
Nach der Rede des deutschen Vertreters kam es zu einer großen politischen Aussprache über die Minderheitenfrage, die von der Gegenseite zu laun verfleierten Angriffen gegen Deutschland

in der Judenfrage benutzt wurde. Hier trat sich besonders der Franzose Berenger hervor. Der schwedische Außenminister Sandler betonte, im Hinblick auf die Ergebnisse in gewissen europäischen Ländern sei jetzt eine grundsätzliche Regelung des Minderheitenschutzes notwendig

geworden. Der Redner kündigte praktische Vorschläge an. Der Vertreter Polens brachte eine Entschließung ein, die die Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf sämtliche Minderheiten und Übernahme der gleichen Minderheitenschutzverpflichtungen durch sämtliche Staaten fordert. Der polnische Vertreter erklärte, er müsse die Notwendigkeit der Kritik und der Vorbehalte gegenüber den deutschen Ausführungen betonen.

Es ist grotesk, wenn ausgerechnet der in der Minderheitenfrage am meisten belastete Staat Polen einen derartigen Antrag stellt. Polen spielt hier das Spiel Frankreichs, von dem es wahrscheinlich vorgeschickt ist. Zweck dieser abgetarnten Sache ist, die Genfer Debatten von den großen entscheidenden Fragen der Abrüstung und der Gleichberechtigung abzulenken und Deutschland durch tendenziöse Auseinandersetzungen in der Judenfrage Schwierigkeiten zu machen. Es kann nur lächerlich wirken, wenn der Völkerbund, der seit vierzehn Jahren u. a. den polnischen und den litauischen Terror gegen die deutsche Minderheit tatenlos mitfieht, ja sogar entgegen seinen ausdrücklichen Vertragsverpflichtungen stillschweigend billigt, sich plötzlich zum Schlichter der Juden aufwerfen wollte, nur weil Deutschland Herr im eigenen Hause sein will.

## Wenn jeder gibt



## wird jeder haben

Spenden für das deutsche Winterhilfswerk durch alle Banken, Sparkassen und Postanstalten oder Postcheckkonto: Winterhilfswerk Berlin 77100

## Deutscher Vorkampf für die Minderheiten.

Rede des deutschen Vertreters vor dem Völkerbund.

Der deutsche Vertreter in Genf, Gesandter von Keller, hielt im Politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung bei der Aussprache über die Minderheitenfrage eine in allen internationalen Kreisen mit Spannung erwartete große Rede, die den grundsätzlichen Standpunkt des neuen Deutschland zum Minderheitenproblem in aller Breite aufrollt. Die Aussprache erfolgte auf Grund eines besonderen Antrages der deutschen Abordnung, im Rahmen der Völkerbundversammlung das Minderheitenproblem und besonders den Willa un-

## Viermächtepakt Garantie des Friedens.

Paul-Boncour vor dem Völkerbund.

Der französische Außenminister Paul-Boncour hielt vor der Vollversammlung des Völkerbundes eine große Rede. Paul-Boncour begann mit der betonten Ablehnung jeder Vertragung der Abrüstungskonferenz; sonst werde unvermeidlich ein Wettläufen einsetzen, an dessen Ende die Katastrophe stehe. Er kam dann unmittelbar auf den Viermächtepakt zu sprechen und suchte die kleinen Staaten zu beruhigen. Im Völkerbund hätten alle Mächte die gleichen Rechte. Auffallend stark unterstrich Paul-Boncour auch die Bedeutung des Locarno-Paktes für den europäischen Frieden.

Der Abschluß des Viermächtepaktes sei nur die Folge und praktische Durchführung des Locarno-Paktes. Der Locarno-Pakt bleibe dadurch am Leben und werde somit bekräftigt. Er sei heute immer noch die Garantie für den europäischen Frieden. Die Völker hätten zu sehr durch Gewalttätigkeiten gelitten. Dann wandte er sich an Frankreich und erklärte, daß Frankreich auch weiterhin der österreichischen Regierung im Kampfe um ihre Unabhängigkeit Unterstützung zu jage.